

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **29. Juni 2020** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.05** Uhr)

in **der Badnerlandhalle, Rubensstr.21**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **18** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Karin Heidke (V)
Harald Denecken (V)

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Thomas Jäger**
Rechnungsamtsleiter Axel Grether
Bauamtsleiterin Patricia Lüking

Zu TOP 3: **Heike Dederer, Stadtplanungsamt**
Viola Schruff, Stadtplanungsamt
Dr. Ing. Sebastian Homuth,
Deutsche Erdwärme

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **16.06.2020** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **25.06.2020** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldig ferngeblieben, angegeben.

**Zu Punkt 1 der T.O.: Antrag der CDU-Ortschaftsratsfraktion vom 17.01.2020
auf Einrichtung von Mitfahrhaltestellen in Neureut**

Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung des Tagesordnungspunktes. Er soll zur Beratung in einen Ausschuss verwiesen werden. Sie erläutert zur Absetzung des Tagesordnungspunktes der Mitfahrhaltestellen, dass das Thema ein sehr wichtiges für die Neureuter Bürgerinnen und Bürger sei, weil es eine weitere Mitfahrgelegenheit darstelle ohne zusätzliche Verkehrsmittel einsetzen zu müssen. Bereits vorberaten wurde dieses im Ausschuss für Umwelt und Verkehrsangelegenheiten im März 2020. Der Ortschaftsrat sei dahinter gestanden – trotzdem wolle man eine Vertagung, um das Thema nochmals dahingehend aufzuarbeiten, dabei eine Prioritätenliste erstellen sowie eine zeitliche Planung und die Standorte zu diskutieren.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden, ob hierzu eine Gegenrede erwünscht werde und dies nicht der Fall ist, kommt es einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Antrag zu und verweist den Tagesordnungspunkt zur Beratung in einen Ausschuss.

**Zu Punkt 2 der T.O.: Antrag der GRÜNE Ortschaftsratsfraktion zur
Erstellung eines Radwegekonzeptes für Neureut vom
24.10.2019 daraus resultierender gemeinsamer
fraktionsübergreifender Antrag des Ortschaftsrates
entsprechend Vorberatung im Ausschuss für Umwelt
– und Verkehrsangelegenheiten vom 03.12.2019**

Ortschaftsrat Bernd Kalusche stellt ebenfalls einen Antrag zur Geschäftsordnung, auch diesen Tagesordnungspunkt zur Beratung in einen Ausschuss, idealerweise denjenigen vom 07.07.2020, zu verweisen. Er erinnert, dass bereits im Herbst seine Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt hatte, um Lücken im Neureuter Radwegenetz zu schließen. Dabei habe man für einen fraktionsübergreifenden Antrag auf die Mitarbeit aller Fraktionen gesetzt. Kalusche dankt allen, die an den 45 Vorschlägen umfassenden, vorliegenden Katalog zur Verbesserung des Radwegenetzes in Neureut mitarbeiteten. Denn von Anfang an habe man auf die Mitarbeit aller Fraktionen gesetzt. Gefreut habe er sich darüber, dass auch alle Fraktionen sowie die fraktionslosen Ortschaftsräte Eingaben hierzu gemacht haben.

Coronabedingt konnten allerdings keine Beratungen im Ausschuss stattfinden, wie es gewünscht worden sei. Denn dabei wollte man eine „Vorselektion“ der Vorschläge vornehmen. So sei die vorliegende Liste noch im „Originalzustand“ und enthalte vermutliche Punkte, die nicht von allen mitgetragen werden könnten. Deshalb stellen auch die Grünen einen Antrag zur Geschäftsordnung, das Thema in einen Ausschuss zu vertagen, um dort eine mit allen Ratsmitgliedern abgestimmte Vorschlagsliste zur Abstimmung bringen und somit von allen mitgetragen werden könne.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden, ob hierzu eine Gegenrede erwünscht werde und dies nicht der Fall ist, kommt es einstimmig zum

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt dem Antrag zu und verweist den Tagesordnungspunkt zur Beratung in den Ausschuss.

Zu Punkt 3 der T.O.: Standort Geothermiekraftanlage – weitere Beratungs- und Beschlussgrundlage aktueller Sachstand

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende vom Karlsruher Stadtplanungsamt Heike Dederer sowie Viola Schruff und Dr. Ing. Sebastian Homuth von der Deutschen Erdwärme, recht herzlich.

Einleitend zu diesem Thema erinnert er daran, dass der Ortschaftsrat bereits am 16. Juni in öffentlicher Sitzung über einen Standortvorschlag der Stadtverwaltung beraten hatte. Damals lehnte das Gremium den vorgeschlagenen Standort 1 ab. Diese Ablehnung habe auch Gehör bei den städtischen Gremien gefunden. Danach ist nochmals versucht worden, über weitere mögliche Standorte zu beraten. Das sei gelungen - der Ortschaftsrat habe seine Bereitschaft erklärt, nochmals intensiv über alle weiteren verbliebenen Standorte zu beraten bzw. beraten zu lassen.

Es haben Gespräche mit Politikern sowie der Deutschen ErdWärme, mit Politikern und der Stadtverwaltung, dem Stadtplanungsamt und der Ortsverwaltung stattgefunden. Dabei sei nochmals alles eingehend untersucht, besprochen und eventuelle Möglichkeiten aufgezeigt worden. Daher wolle der Vorsitzende heute

nochmals der Deutschen ErdWärme die Gelegenheit gegeben, zur Standortfrage aus ihrer Sicht Stellung zu nehmen, diese entsprechend zu bewerten sowie auch zu grundsätzlichen Fragen, die von Seiten des Ortschaftsrates herangetragen wurden, was erfüllt werden müsse, damit Geothermie in Neureut aufgesucht werden könne. Ebenso werde dem Stadtplanungsamt an diesem Abend die Möglichkeit gegeben, die Standorte aus Sicht der Stadtverwaltung und der Fachämter nochmals kurz zu bewerten, die Vor- und Nachteile sowie die Prioritäten aufzuzeigen. Denn in der heutigen Vorlage habe man den Standort 4 zur Abstimmung darüber, ob sich der Ortschaftsrat dazu entscheiden könne.

Der rund 2,5 ha große „Standort 6 Nördlich Kirchfeld“ befindet sich westlich der „Linkenheimer Landstraße“ und grenzt unmittelbar an das Materiallager des Bundes an. Aktuell wird der Bereich landwirtschaftlich genutzt. Diesen Standort wählte das Gremium an diesem Abend einstimmig – bei einer Enthaltung – aus.

Zudem lehnte der Ortschaftsrat einstimmig den von der Stadt vorgeschlagenen Standort 4 (westlich L 605) ab. Die Fläche befindet sich zwischen der „Linkenheimer Landstraße“ (L605) und der „Grabener Straße“. Dieser Bereich wird aktuell ebenfalls landwirtschaftlich genutzt.

Bereits in seiner Sitzung am 16. Juni 2020 hatte sich das Gremium für Standort 6 entschieden und den damals von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Standort 1 (Gottesauer Feld) abgelehnt.

Die Deutsche ErdWärme GmbH hat bekanntlich eine bergrechtliche Aufsuchungserlaubnis für den Raum Karlsruhe, um Thermalwasservorkommen zu suchen. Bei diesem Vorhaben handelt es sich um Tiefengeothermie, was bedeutet, dass Bohrungen mit einer Tiefe von mehreren Kilometern (in Karlsruhe etwa 4.000-5.000 Meter) durchgeführt werden. Für die Errichtung einer Geothermiekraftanlage werden Flächen in einer Größe von etwa 2,5 ha benötigt. Nach der Fertigstellung ist eine Fläche von etwa 2 ha dauerhaft für die Gewinnung von Geothermie erforderlich. In der vorherigen Sitzung sind dazu untersuchte Flächen vorgestellt und die jeweiligen Bedingungen, Vor- und Nachteile der Standorte erklärt worden. Demnach sind unter anderem diese Standorte untersucht worden.

Standort Nr. 1: Gottesauer Feld

Standort Nr. 2: nördlich B36

Standort Nr. 3: südlich B36

Standort Nr. 4: westlich L605

Standort Nr. 5: nördlich Hauptfriedhof

Standort Nr. 6: nördlich Kirchfeld

Heike Dederer vom **Stadtplanungsamt Karlsruhe**, stellt in der Sitzung nochmals Teile der Standortbewertung vor, liefert dabei eine Übersicht und erläutert sie. So zu Standort 1 Gottesauer Feld, Standort 6 nördlich Kirchfeld, Standort 4 westlich L 605. Dederer zeigt dabei auch verschiedene Varianten des Anlagebaus, wobei die Anordnung der Lüftungsanlagen unterschiedlich gelöst wurden. Zudem erfolgen nochmalige Erläuterungen zum System der Geothermie. Dabei werde relativ tief in 4000 – 5000 Metern nach Thermalwasser gebohrt und dazu viele Schichten durchstoßen.

Drei Standorte seien nun in der engeren Wahl und in der Diskussion:

Beim Standort 1 – ein vorgesehenes Gewerbegebiet spreche auch die Nähe der Wohnbebauung nicht dafür, wobei sich das Grundstück zu Hundertprozent in städtischem Eigentum befinde.

Man suche intensiv nach einem städtischen Grundstück, weil die Stadt mit den Betreibern der Geothermie in direktem Gespräch bleiben wolle.

Der Ortschaftsrat habe sich für Standort 6 ausgesprochen, wobei das Stadtplanungsamt ursprünglich empfohlen habe, diesen nicht weiterzuverfolgen, wofür es verschiedene Gründe gebe. Zum einen seien die Grundstücksverhältnisse nicht ideal. Es gebe eine Vielzahl von Grundstücken. Der kleine städtische Teil sei für eine Geothermieanlage praktisch nicht zu verwenden. Eine Realisierung des Projektes deshalb sehr schwierig, Es gebe auch Umweltbelange, die dagegen sprechen, da an den Randbereichen wertvolle Biotopstrukturen vorhanden seien.

Die dort vorkommenden besonders zu untersuchenden Altlasten müssten wegen der Geothermie durchbohren werden, vor allem ist hier die Frage, wie das Grundwasser vor einem möglichen Eintrag geschützt werden könnte.

Der nun vorgeschlagene Standort 4 sei sehr dialektisch diskutiert worden, sagt Dederer. Es gelte, so die Stadtplanerin an den Ortschaftsrat gewandt, politisch zu entscheiden. Dieser Standort wird von der Deutschen ErdWärme auch aus geologischen Gründen favorisiert.

Der in Ost-West –Richtung durchgängig erlebbare Landschaftsraum würde von einer Geothermieranlage zerschnitten werden. Dabei sei in Gesprächen mit der Deutschen ErdWärme eine Umorganisation erörtert worden.

Die ursprünglich angeführten ökologischen Bedenken, wie die Wertigkeit des Bodens und vorhandene geschützte Biotope seien zurückgestellt.

Dankbar für die zahlreichen Diskussionen, zeigt sich zu Beginn seiner Präsentation Projektleiter **Dr. Dipl. Ing. Sebastian Homuth** von der **Deutschen Erdwärme**. Diese haben vieles für das Projekt in Neureut bewirkt. Die politische Entscheidung liege beim Ortschaftsrat, unterstreicht auch Dr. Homuth bei dieser Sitzung.

Zur Grundstücksauswahl und wobei die Deutsche ErdWärme einen Beitrag zur Diskussion leisten könne, beinhalte einen inhaltlichen Beitrag zu folgenden Fragestellungen:

- Beitrag Anlage zu Klimaschutz (z.B. Wärmeversorgung mit erneuerbarer Energie)
- Geologische Machbarkeit (z.B. Zugang zu Reservoir, Bohrplanung)
- Rechtliche Rahmenbedingungen (z.B. Abstände, Planungsrecht)
- Praktische Realisierbarkeit (z.B. Anzahl Grundstückseigentümer, zeitliche Planung, Preis)
- Zu anderen – ohne Zweifel wichtigen Fragestellungen – könne man aufgrund der Expertise der Deutschen ErdWärme keinen inhaltlichen Beitrag leisten. Das bedeute nicht, dass sie diese Fragestellungen nicht für wichtig halte.

Eingehend auf die Anforderungen aus dem Ortschaftsrat führt der Projektleiter aus:

- **Risiken für grundwasserbasierte Trinkwasserversorgung müssen gutachterlich ausgeschlossen werden:**
Wird im Rahmen der UVP-Vorprüfung und der bergrechtlichen Genehmigung mittels Fachgutachtern geprüft und ist nur genehmigungsfähig wenn entsprechender Nachweis erbracht ist.
Zu dieser Frage des Ortschaftsrates untermauert Dr. Homuth: „Sie rennen bei uns offene Türen ein, denn ohne aussagefähige Gutachten und ein Risikomanagement würden wir keine Genehmigung erhalten.“
- **Lage des Kraftwerkes möglichst konflikt- und risikovermeidend:**

Anspruch eines minimal invasiven Eingriffes gemäß naturschutzkundlicher Bewertungen ausreichender Abstand zu Wohnbebauung auch unter Berücksichtigung von ggf. zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen.

- **Begrünungskonzept für Betriebsgelände:** ist vorgesehen und kann mitgestaltet werden
- **Fachlicher Austausch mit München:** Partner Erdwerk, zuständig für die Planung und Ausführungsüberwachung, hat sämtliche Projekte im Großraum München für die Stadtwerke München und für zahlreiche andere Betreiber/Entwickler durchgeführt. 40 Fachkräfte/Spezialisten sind bei Erdwerk tätig, Erdwerk ist führend in Deutschland.
- **Darstellung von Risikoszenarien für Umwelt und Gebäude:** Umfangreiche Risikostudien müssen im Rahmen der bergrechtlichen Genehmigung durchgeführt werden. Bohrrisiken und seismische Gefährdungsanalysen werden von Fachgutachtern (Q-Con, weltweit tätig) durchgeführt und das Bergamt überprüft diese u.a. durch Stellungnahmen vom LFZG/KIT (z.B. Prof. Schilling).

Zudem solle unter anderem ein begleitender Fachbeirat gegründet werden, dem unter anderem Experten der Stadtwerke, Vertreter der städtischen Ämter und der Ortschaftsrates angehören sollen. Er soll zu allen Fragen und Entscheidungen, etwa bei Risikoszenarien für Umwelt und Gebäude, gehört werden.

Zur Bewertung der Standorte aus Sicht der Deutschen ErdWärme erläutert er, dass von den ehemals sieben diskutierten Standorten im Ergebnis der Standort 4 (westlich L 605) am besten geeignet.

Zu den weiteren Varianten führt er aus:

- Standort 2: Hochwertiger Feuchtwald, im Regionalplan als Grünzäsur (von Bebauung freizuhalten); sehr hohe Geländekante (viel Erdmassenbewegung nötig) damit zu klein für die geplante Anlage, Aufschüttungsböschung reduziert das Baufenster; an der Grenze zum Überschwemmungsgebiet ausgewiesen.
- Standort 3: Privates Eigentum, wegen Straßenführung ungünstig geschnitten,

zahlreiche Eigentümer, bohrtechnisch schwierig

- Standort 4: Der geologisch und bergrechtlich beste Standort; Grundstück erfüllt bergrechtliche Anforderungen; Abstand zur Wohnbebauung ausreichend, so dass mit keinen wahrnehmbaren Immissionen zu rechnen ist. Ökologisch gesehen der geeignetste Standort mit geringster Beeinflussung bestehender Biotopstrukturen.
- Standort 6: im Regionalplan als Grünzäsur (von Bebauung freizuhalten) ausgewiesen; Altlastenkontamination (nur für oberflächennahe Baumaßnahmen von Bedeutung: Eingriffe ins oberflächennahe Grundwasser könnten zu Schadstoffmobilisierungen führen); Abstand zur Wohnbebauung nur 380 m; Zuwegung zum Gelände sehr umständlich und aufwendig; Über 30 Grundstückseigentümer wären hier zu überzeugen, Städtischer Anteil begrenzt bis gar nicht nutzbar.

Schließlich stellt Dr. Homuth noch Grundstücksanforderungen zur Umsetzung des Projekts Neureut am Beispiel der Fläche 4 vor:

- Flächenbedarf ca. 2,5 ha
- Bohrplatz mit Umsturzdurchmesser max. 60 m (kein regelmäßiges Aufhalten von Personen in diesem Radius)
- Temporäre Testbecken
- Umfahrung Bohrplatz und Luftkühler gegeben
- ORC-Anlage mit ca. 50 MW thermischer oder 10 MW elektr. Leistung
- Umsetzung nur mit Kauf weiterer Parzellen möglich (Stadt Karlsruhe ca. 1,73 ha)
- Abstand Wohnbebauung ca. 600 m

Bei den sich anschließenden Stellungnahmen der Fraktionen betont **Ortschaftsrat Detlef Hofmann** abermals, seine Fraktion stimme auf jeden Fall für Standort 6 und lehne Standort 4 ab.

Grundsätzlich stehe man dem Geothermieprojekt weiter sehr positiv gegenüber, hebt er hervor. Denn die Energiewende sei langfristig nur mit erneuerbaren Energien hinzubekommen, jedoch nicht um jeden Preis, so Hofmann. Er dankt Dr. Homuth für

seinen Vortrag sowie den Erklärungen und Erläuterungen. Damit habe er seine Fraktion in vielen Dingen mitnehmen und zumindest seine Bedenken in einigen Bereichen ausräumen können.

Unverständnis äußert er dagegen, an das Stadtplanungsamt gewandt, dass man mittlerweile die vierte Beratung im Ortschaftsrat über das Thema habe und nun den dritten Standort präsentiert bekomme. Bezeichnend dabei sei, dass es jedes Mal der „beste Standort“ sein solle. Allein noch einmal das Gottesauer Feld anzusprechen, mit 180 Meter Entfernung zur Wohnbebauung, halte er für ein starkes Stück, denn anscheinend zählen da die Bürgerinnen und Bürger nicht so viel!

Auch Standort 5 direkt neben dem Friedhof sei allein aus ethischer Sicht nicht vertretbar gewesen – auch dieser Ort sei als bester Standort vorgestellt worden.

Jetzt komme Standort 4, der zuerst wegen hochwertigsten Biotopen und wertvollsten Böden abgelehnt worden sei, als Vorschlag. Bei Standort 6 sprächen die Biotope dagegen, bei 4 jedoch nicht. Das sei sehr schwierig. Zielführender nach seiner Meinung sei es gewesen, anstatt das Stadtplanungsamt Standorte priorisiere, sich mit den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Neureuter Bürgerinnen und Bürger zusammzusetzen. Denn es sei, wie es Heike Dederer bereits formuliert habe, eine politische Entscheidung, die hier zu treffen sei. Und da sollte man die Menschen auch mitnehmen. Keiner seiner Kolleginnen und Kollegen werden etwas tun, was gegen die Bürgerinnen und Bürger spreche. Es gehe in erster Linie um die Bürgerinnen und Bürger von Neureut.

Standort 4 sei nicht tragbar, unterstreicht er, auch hinsichtlich der exponierten Lage zwischen Neureut und Eggenstein, am Eingang von Neureut – in einer knappen Entfernung zur Wohnbebauung. Der Unterschied zum von seiner Fraktion weiterhin stark priorisierten Standort 6 sei, dass sich hier die Bundeswehr und ein Lärmschutzwall befinden, was eine ganz andere Voraussetzung sei.

Nun gelte es, Gas zu geben und die Stadt müsse eventuell mithelfen, die dafür erforderlichen Grundstücke zu erwerben.

Für die **Grünen** meint **Fraktionsvorsitzender Hubert Kast**, man habe sich intensiv mit den Standorten und der Geothermie in Neureut beschäftigt sowie Vor- und Nachteile abgewogen. Seine Fraktion habe grundsätzlich eine positive Haltung zur Geothermie, betonte er. Sie sei eine Möglichkeit, Energie gänzlich ohne CO₂ Ausstoß zu gewinnen. Die Energie, die man bei der Geothermie vorfinde, sei nach

menschlichen Maßstäben gemessen, unendlich. Wenn alles richtig gemacht werde, gebe es sicher wenig unerfreuliche Nebenwirkungen, so seine Einschätzung. Die elektrische Leistung, beziffere sich, wie aus den Unterlagen hervorgehe, auf 7 bis 12 Megawatt. 7 Megawatt würden ausreichen, um alle Haushalte in Neureut 24/7 ohne CO₂-Ausstoß zu versorgen, rechnete er vor. Dazu käme noch, dass die Deutsche ErdWärme gerne an die Stadtwerke die Wärme verkaufen möchte, um diese dann in die Fernwärme einzuspeisen, was auch für das künftige Zentrum III ein guter Vorteil sei. Das Geothermiekraftwerk würde auch einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Erreichen der Klimaziele 2030 der Stadt Karlsruhe leisten.

Im Interesse der Neureuter Bürgerinnen und Bürger spreche sich seine Fraktion auch für Standort 6 aus, sagt Kast. Die Grünen fordern die Stadt auf, die Deutsche ErdWärme bei den Grundstückskäufen zu unterstützen. Die Stadtverwaltung möge sich unterstützend bei den Grundstückskäufen verhalten, wohlwissend dass dies schwierig werde. Eventuell könnten Oberbürgermeister und Ortsvorsteher diesen Prozess moderieren.

Standort 6 sei ein Sanierungsfall und die Grünen möchten, unabhängig vom Geothermiekraftwerk, die Verunreinigungen im Boden zu überprüfen, denn es bestehe eine Gefahr für das Grundwasser.

Zudem möge sich der Planungsausschuss nochmals mit den Standorten beschäftigen und die Entfernung des Geothermiekraftwerks zu den Wohnbebauungen auf den Planunterlagen darstellen bzw. einzeichnen.

Die Grünen fänden es schade, wenn das Geothermiekraftwerk nicht gebaut werden würde, so Kast abschließend, und sichert die Hilfe der Grünen zu, beispielsweise durch Gespräche mit Bürgern etc.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber dankt für die Vorträge. Man wisse in vielen Punkten inzwischen deutlich mehr und sei beruhigter. Trotz allem Wohlwollen gegenüber der Geothermie sei man im Rheingraben, was die Seismik anbelange, in einer besonderen Situation, untermauerte sie. Die Grundwasserüberprüfung liege der SPD-Fraktion sehr am Herzen und die vorgesehenen Gutachten, macht sie deutlich.

Ihre Fraktion habe sich auch für Standort 6 ausgesprochen, wohlwissend, dass dies nicht einfach zu realisieren sei, jedoch auch, um ein einstimmiges Votum zu erreichen. Als „Plan B“ könnte sie sich auch noch Standort 3 vorstellen - wenn eventuell der Oberbürgermeister mit Bürgermeisterin Lisbach versucht, in

Verhandlung zu treten, um für die Stadt dieses Grundstück zu erwerben. Dies wäre vielleicht noch eine Option.

Fraktionsvorsitzender Ole Reher weist darauf hin, dass sich alle Ortschaftsratsmitglieder nochmals intensiv und eindringlich mit der Standortfrage beschäftigt haben. Auch die FDP-Fraktion habe dies gemacht und komme zu folgendem Schluss: So euphorisch man zunächst über eine mögliche Energiegewinnung durch Geothermie am Standort Neureut gewesen sei und auch noch sei, sei seiner Fraktion sowohl aus städtebaulicher als auch aus Sicherheitsperspektive heraus gesehen, das Wohl der Neureuter Mitbürgerinnen und Mitbürger am allerwichtigsten!

Für seine Fraktion komme nur Standort 6 in Frage mit einem Mindestabstand von 500 Metern zur Wohnbebauung, Standort 4 scheide aus.

Ortschaftsrat Rüdiger Lörz (FÜR Karlsruhe) meint, nach Beratungen mit seiner Fraktion, komme Standort 4 nicht in Frage, weil er eine weite Grünfläche durchschneide, die im Moment landwirtschaftlich genutzt werde. Standort 6 – sei der einzige Standort der für FÜR Karlsruhe in Frage komme – denn er schließe sich direkt an Bundeswehrgelände an und sei weit weg von Wohnbebauung. Grundsätzlich befürworte man die Geothermie im Klimaschutzkonzept, weil sie eine Energiegewinnung der Zukunft sei!

Es kommt zu folgenden Abstimmungen:

Beschluss 1:

Der Ortschaftsrat lehnt einstimmig den dem städtischen Planungsausschuss vorgeschlagenen Standort 4 (westlich L605) ab.

Beschluss 2:

Der Ortschaftsrat entscheidet sich einstimmig, bei einer Enthaltung, für Standort 6 (nördlich Kirchfeld).

Zu Punkt 4 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung**4.1**

Hauptamtsleiter Thomas Jäger informiert:

Bezüglich der in einer zurückliegenden alfaview-Besprechung des Ortschaftsrates von Ortschaftsrat Bernd Kalusche angeregten Aufstellung von Müllbehältern im Bereich Alte Bahnlinie/Zugang Flächenhaftes Naturdenkmal/Grüner Weg, um benutzte Hundekotbeutel dort entsorgen zu können, könne dieser aufgrund des Landschaftsschutzes und der Rücksichtnahme nach Meinung der Verwaltung nicht entsprochen werden. Als Kompromiss ist ein Müllbehälter im Bereich des angrenzenden öffentlichen Parkplatzes installiert worden.

4.2

Rechnungsamtsleiter Axel Grether gibt bekannt:

Zur Jugendmusikschule Neureut

Aufgrund der aktuellen Corona Pandemie und der immer noch gültigen Verordnungen darf an allgemeinbildenden Schulen noch kein außerschulischer Unterricht stattfinden. Die Kirchengemeinde Neureut Nord hat für einen Zeitraum von 6 Wochen (bis zu den Schulferien) ihr Gemeindehaus für Präsenzunterricht der Jugendmusikschule unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Seit 15. Juni 2020 findet im Gemeindehaus unter Beachtung der Hygienevorschriften sowie Abstandsregelungen wieder Präsenzunterricht in verschiedenen Fächern Geige, Klavier, etc. statt.

Zu den Neureuter Grundschulen

Die ergänzende Betreuung hat an allen Neureuter Grundschulen planmäßig ab Montag den 29. Juni 2020 wieder gestartet. Die entsprechenden Betreuungskräfte stehen (bis auf eine Person) wieder voll zur Verfügung. Parallel wird erneut die Ausschreibung für Vertretungskräfte geschaltet damit der Vertretungspool wieder vollständig besetzt wird.

Zum Schulzentrum Neureut

Der Mensabetrieb am Schulzentrum Neureut findet ebenfalls ab Montag den 29. Juni 2020 wieder regulär statt. Die Essensausgabe wurde vorsorglich erstmals auf 40 Essen pro Tag begrenzt, da ansonsten die Abstandsregelungen nicht eingehalten werden können. Aktuell finden laut Essensanmeldungen 14 Mittagessen pro Tag statt.

Zu den Wertstoffstationen Neureut

Auch die Neureuter Wertstoffstationen sind seit 5. Juni 2020 wieder regulär in Betrieb und können zu den regulären Öffnungszeiten angefahren werden.

Zu Punkt 5 der T.O.: Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat

5.1

Ortschaftsrat Dieter König begrüßt das Konzept des Stadtmobils Karlsruhe und unterstützt es. Nun seien hierfür an zwei Parkplätzen rechts neben dem Rathaus Stahlrohre für einen Standort für Stadtmobil einbetoniert worden. In diesem Bereich herrsche seiner Meinung nach ein hoher Parkdruck und nun werden auch noch zwei Parkplätze für Stadtmobil geopfert. Es könne nicht sein, dass weder Ortschaftsrat noch Ortsverwaltung über diesen Standort informiert werden. Dazu seien weder Ortschaftsrat noch Ortsverwaltung gefragt worden. Bevor Tatsachen geschaffen werden, müsse der Ortschaftsrat miteingebunden sein.

Antwort:

Die Ortsverwaltung wird sich darum kümmern und dann den Ortschaftsrat informieren.

5.2

Ortschaftsrätin Siglinde Andor schlägt bezüglich der Parkmöglichkeiten am Heidensee, die vor vielen Jahren geschaffen wurden, einen eventuellen Rückbau der Parkplätze vor. Dies könne sinnvoll sein, weil es unter Umständen zu einem etwas unbequemerem Baden bzw. Besuchen des Sees beitragen könnte. Es würde auch bei den Planungen des Fahrradweges nicht im Wege stehen.

Antwort:

Die provisorische Einrichtung der Parkflächen ist auf Wunsch des vorherigen Ortschaftsrates wegen der Drachenwiese erfolgt.

Die Thematik könne in einem Ausschuss vorberaten werden.

5.3**Ortschaftsrat Hubert Kast**

a)

weist auf Kontrollen durch den KOD wegen des regen Badebetriebs im Heidesee hin. Er fragt, wo der KOD für Kontrollen des Badebetriebes sei. Er wisse, dass es letzten Sommer Montagmorgens während des Schulbetriebes Kontrollen gegeben habe. Der KOD solle aufgefordert werden, Kontrollen während der besucherstarken Zeiten auszuführen.

b)

Frägt nach, was mit dem Garten der alten Dame, der bereits aufgegeben sei und nun verwildere, im Bereich der nun unter Schutz gestellten „Neureuter Toskana“ passiere?

c)

Möchte wissen, wann Schilder für Tempo 30 in der Welschneureuter Straße aufgestellt werden?

Antworten zu:

a)

Man nehme die Anfrage zum Anlass erneut beim KOD darauf hinzuweisen, was regelmäßig geschehe. Der KOD komme zu den für ihn möglichen Zeiten. Über die Einsatzzeiten werde Statistik geführt. Abfrage hierzu zugesagt, Ergebnisse werden in einer Sitzung bekanntgegeben. Damit es nicht ausufere, müsste stärker kontrolliert werden, bekräftigt der Vorsitzende.

b)

Hier sind noch Eigentümerfragen zu klären, jedoch ist das Thema bereits in Arbeit. Mit der Unteren Naturschutzbehörde stehe man im Kontakt mit der Frage, wie das Gelände renaturiert werden könne.

c)

Überprüfung zugesagt.

5.4**Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber**

a)

spricht ein Lob für die vielen Grünstreifen aus, die im öffentlichen Bereich stehen gelassen werden und die dabei entstehenden Blumenwiesen. Sehr gut gefalle ihr auch die Blumenwiese, die in Verlängerung der Mitteltorstraße entstanden sei.

b)

fragt wegen des Kreisels Nord nach, weil die dortigen Buntsandsteinplatten ihrer Meinung nach nicht bei der Planung so vorgestellt wurden. Die Versiegelung im Randbereich sei relativ tief.

Zudem möchte sie wissen, wann der Hügel begrünt werde?

Antwort:

Der momentan noch recht magere Kiesel sei mit einer Wildblütenmischung eingesät, die sicher noch sprieße.

Nachfragen hierzu wird zugesagt.

5.5

Fraktionsvorsitzender Ole Reher möchte wissen, ob Stadtteile mit bestimmter Größe einen eigenen KOD (Kommunaler Ordnungsdienst) mit beispielsweise zwei Personen bekommen können?

Antwort:

Das gibt es nicht. Der KOD handelt nach Anforderungen und gesamtstädtischen Prioritäten.

Die Ortsverwaltung steht in ständigen Kontakt mit dem KOD, bisher sei man gut bedient worden.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: